04a 36. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berliner Tageblatt

Berlin, 24. April 1907

Haus der Abgeordneten.

50. Sitzung vom 23. April.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Geheimrat **Wahnschaffe**

gibt auf eine gestrige Anfrage statistische Auskunft, daß in einer ganzen Reihe von Städten und Dörfern des Ostmarkenbezirks zweiklassige konfessionelle Schulen bestehen. Daß eine Ansiedelungskolonie bei der letzten Reichstagswahl polnisch gewählt habe, sei eine bedauerliche Tatsache. In den Ostmarken handelt es sich nicht um die Frage, ob katholisch oder evangelisch, sondern nur darum, ob polnisch oder deutsch. Daß es sich nicht um eine religiöse, sondern einzig und allein um eine polnische Agitation handelt, zeigt die Behandlung der kirchlichen Oberen, zeigt die Behandlung des Kardinals Kopp, den man in der Presse als geistlichen Lakaien bezeichnet hat. Daß in dieser Beziehung die katholische Bevölkerung so kurzsichtig ist, bedauern wir.

Abg. **v. Wenzel** (kons.)

wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Grafen Praschma, der gestern behauptet habe, daß es Ausnahmen wären, wenn polnische Geistliche an dem Kampfe beteiligten. Ausnahmen sind es vielmehr, wenn polnische Geistliche sich nicht an dem Kampfe beteiligten. Die Polen benutzen andauernd die Kirche als Agitationsmittel. Für die deutschen Katholiken treten wir gern ein. Wenn Sie in diesem Landesteil jemand fragen, ob er katholisch oder evangelisch sei, so erhalten Sie stets die Antwort, ob er polnisch oder deutsch ist. Aus den Ausführungen des Abg. Skarzynski ging gestern die Sorge über das neue Gesetz hervor. Er vergißt aber, daß die Polen selbst schuld sind; würden sie sich als gute, freie preußische Staatsbürger führen, so brauchten wir die ganze Gesetzgebung nicht. Ueber die beabsichtigte Ansiedelung von preußischen Bauern in Posen freue ich mich. Die Erhaltung des kleinen Grundbesitzes muß eine Hauptaufgabe unserer Ostmarkenpolitik sein. Auch die Regulierung der Schulden des deutschen Grundbesitzes muß ins Auge gefaßt werden. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (frei.)

verliest zunächst eine Erklärung des Abg. v. Kardorff, wonach dieser zugibt, daß er irrtümlich den Abg. v. Jazdzewski mit dem bereits mehrfach erwähnten polnischen Antrage von 1885 in Beziehung gebracht habe. Der Redner begründet dann den freikonservativen Antrag. Das große Kulturwerk in den Ostmarken habe zwar in nationaler Hinsicht nicht allen Hoffnungen entsprochen, aber immerhin sei die deutsche Bevölkerung erheblich gewachsen. Das Ansiedlungswerk muß gefördert und fortgeführt werden. Das ist die Pflicht einer auf Förderung des Deutschtums bedachten Regierung. Die Mobilisierung der Ostmarken hat der Nachteile der Politik in den zweisprachigen Landesteilen. Die Verwaltung muß etwas weniger kompliziert eingerichtet werden, als das bisher der Fall ist. Der Großgrundbesitz muß ebenso erhalten werden wie der kleine Besitz. Die angekündigte Vorlage der Regierung werden wir prüfen. Wir hoffen, ihr zustimmen zu können. Die Entschuldungsfrage müßte nach dem Muster der kurmärkischen Ritterschaftskasse gelöst werden. Eine schädliche und unnatürliche Steigerung der Bodenpreise muß vermieden werden. Deutsche Arbeiter müssen den Ostmarken zugeführt werden. Durch unseren Antrag wollen wir die Waffen der Regierung stärken. Dem polnischen Element soll ein gleichwertiges deutsches gegenübergestellt werden. Dem Arbeiter müßte ein kleiner Grundbesitz gegeben werden, dann wird diese Ansiedelung gute Erfolge zeitigen. In den größeren Bauerndörfern gibt es auch größere Besitzungen, die sich mit polnischen Arbeitern behelfen müssen. Das ist eine außerordentliche Gefahr für das Deutschtum. Aehnlich wie unsere Bergverwaltung ihre Arbeiter anfällig macht, sollte das auch in den Ostmarken geschehen. Mit ungleich geringeren Kosten würde sich das besser stellen lassen, als die Ansiedelung von Bauern. Eine Vereinfachung der Verwaltung ist notwendig. Jetzt ist die Organisation viel zu schwerfällig, um wirksam sein zu können. Wenn eine vernünftige Bodenpolitik im Osten getrieben wird, wenn Grund und Boden in gesunder Weise verteilt wird zwischen Deutschen und Polen, dann wird unser Ansiedelungswerk gedeihlich fortschreiten. Nehmen Sie unseren Antrag möglichst einstimmig an. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**-Criewen:

Aus dem Worten des Freiherrn v. Zedlitz entnehme ich, daß der Antrag seiner Partei kein Vorwurf gegen die Regierung sein soll. Wir bedauern auch, daß wir noch nicht in der Lage waren, eine Vorlage zur weiteren Förderung des Ansiedelungswerkes einzubringen. Prinzipiell stehen wir auf dem Boden des Antrages. Seiner Ausführung stellen sich aber viele Schwierigkeiten entgegen. Eine Aenderung der Organisation läßt sich nicht ohne weiteres durchführen. Der Frage der Ansiedelung von städtischen Arbeitern ist schon Aufmerksamkeit geschenkt worden. Diese Bestrebungen werden unterstützt werden. Was in meinen Kräften liegt, wird zur Förderung des Deutschtums geschehen. Ich hoffe aber auch auf die Unterstützung des Hauses. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Abg. Dr. **Boltz** (natl.)

bedauert, daß es ihm unmöglich gemacht ist, als Schlesier über die Polengefahr zu sprechen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (frei.)

zieht den freikonservativen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.

Der Etat der Ansiedelungskommission wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen.

Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Königliche Seehandlung.

Es folgt die Beratung des Etats der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank.)

Am Ministertisch ist Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben erschienen.

Die Budgetkommission legt folgende Resolution vor: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Seehandlung in Uebereinstimmung mit der Begründung des Gesetzes vom 4. August 1904 in Zukunft Kredite nur auf Grund bankmäßiger Sicherheiten gewähren möge.

Präsident **Hawenstein**

erklärt, daß die Regierung mit der jetzigen Fassung der Resolution im allgemeinen einverstanden sei, da auch jetzt Kredite tunlichst nur gegen bankmäßige Sicherheit gewährt würden.

Abg. **Gyßling** (fr. Vp.)

bedauert den dauernden Rückgang der preußischen Staatspapiere. Dieser Rückgang sei das Schmerzenskind des Finanzministers. Wer viel Schulden mache, könne sich nicht wundern, wenn er mißtrauisch betrachtet werde, wenn auch noch so viel Aktiva vorhanden seien. Die Schwankung der Kurse könne nur beseitigt werden durch eine Reform des Börsengesetzes. (Sehr richtig! links.) Die gewerblichen Anlagen der Seehandlung müssen verkauft oder dem zuständigen Ministerium unterstellt werden. Verkaufen müßte der Minister die Landshuter Spinnereien und die Bromberger Mühlen. (Sehr richtig! links.) Die Landshuter Spinnereien stehen augenblicklich ein wenig besser, ein Verkauf ist gerade jetzt also am Platze. Der Redner führt dann Beschwerde über verschiedene Unregelmäßigkeiten bei den Bromberger Mühlen. Es sei bedauerlich, daß solche Dinge gerade bei den Staatsbetrieben vorkommen. Der Redner macht dann dem Minister Vorwürfe wegen der Beteiligung der Seehandlung an den zusammengebrochenen nordischen Stahl- und Elektrizitätswerken in Danzig. Die Regierung sei von oberschlesischen Industriellen vorher ausdrücklich gewarnt worden. Die Seehandlung hat ihre Kompetenzen überschritten. Unsere Opposition gegen die Erhöhung des Kapitals der Seehandlung ist sehr begründet. Die Kompetenzen der Seehandlung hätten gesetzlich festgelegt werden müssen. Die Verquickung staatlicher Maßnahmen mit privaten Unternehmungen ist ganz unangebracht. Ein Ueberwachungsausschuß für die Seehandlung muß gegründet werden, sonst werden wieder Maßnahmen getroffen, mit denen wir nach wie vor nicht einverstanden sein können. Unsere konstitutionellen Rechte müssen verteidigt werden. Gestern hat einer von der alten Garde, Herr v. Kardorff das schon betont. Auch bei solchen Kleinigkeiten müssen wir darauf sehen, unsere konstitutionellen Rechte zu verschärfen. (Beifall links.)

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Der Abg. Gyßling hat behauptet, daß gewerbliche Unternehmungen wie die Landshuter Spinnereien in den Händen des Staates schlecht aufgehoben seien. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß die Werke im Jahre 1905 6½ Prozent, im Jahre 1906 10 Prozent Dividende gezahlt haben, und daß in den nächsten Jahren das Resultat noch günstiger sein wird. Wir werden diese Spinnereien verkaufen, wenn wir einen Preis bekommen, der der steigenden Rentabilität entspricht. Bei den Bromberger Mühlen handelt es sich um eine andere Sache. Sie sind nicht nur für die Militärverwaltung von außerordentlicher Bedeutung, sondern ihre enorme Wasserkraft und Leistungsfähigkeit ist für die Tuchler Heide ganz unentbehrlich. Durch ihre Stauwerke gelingt es erst, das Gebiet der Tuchler Heide zu bewässern. Ein Privatunternehmer könnte diese Rücksichten gar nicht nehmen. Würden die Bromberger Mühlen in private Hände übergehen, so würde die Konkurrenz dem kleinen Müller gegenüber außerordentlich verschärft werden. Die Entwickelung der Danziger Stahl- und Elektrizitätswerke hat uns viel Mühe und Arbeit bereitet. Trotz aller Vorwürfe muß ich aber auch jetzt noch erklären, daß wir glauben, pflichtgemäß gehandelt zu haben, daß wir nicht anders handeln konnten. Diese Werke wurden Ende der neunziger Jahre vom Oberpräsidenten v. Goßler ins Leben gerufen. Sie sollten neue Quellen des Einkommens für Danzig und die Provinz Westpreußen bringen. Schon beim Bau waren sie aber von zwei schweren Unglücksfällen betroffen. Zwei große beteiligte Werke meldeten Konkurs an. Das Danziger Werk stand als Ruine da, ohne Dach. Man wandte sich hilfesuchend an uns, und der Oberpräsident unterstützte die Bitten. Wir konnten die Hilfe nicht versagen. An dem Unternehmen beteiligt hat sich die Seehandlung nicht, sie hat nur Kapital hergegeben.

Ich empfinde den Rückgang der östlichen Hafenplätze unserer Monarchie als großen Schaden. Sie sind in ihrer ganzen Leistungsfähigkeit gegen früher zurückgegangen. Die Danziger Weizennotierungen waren einst für den ganzen englischen Markt maßgebend. Heute ist es anders geworden. Ich bedaure das für die Hafenplätze und für das ganze hinterliegende Land, auch für die Landwirtschaft, die diesen Exportplatz verloren hat, und die ganz vom Zentrum Berlin abhängig geworden ist. Wenn die Werke in Königsberg liegen würden, dann würde wohl Herr Gyßling anders gesprochen haben. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben uns die Hebung der gemischtsprachigen Bezirke des Osten zur Aufgabe gemacht. Wir müssen darum nicht nur mit Rat, sondern auch mit Taten helfen. Hätten wir das Werk als Ruine stehen lassen, dann hätte man mit Fingern auf uns gewiesen und gesagt: Das ist die Opferwilligkeit der Staatsregierung im Osten. Selbstverständlich ist die Frage, ob das Werk entwicklungsfähig sei oder nicht, eingehend geprüft worden. Die Prüfung hat aber ein günstiges Ergebnis gehabt. Wir sind nicht leichtsinnig vorgegangen. Der Minister verließ einige Gutachten von oberschlesischen Industriellen, die das Danziger Werk als durchaus rentabel hinstellen. Es sei von oberschlesischen Werken gegenüber im Vorteil, da es Alleinen leichter herausschaffen können, als Oberschlesien. Die Errichtung des Werkes lag nicht im Privatinteresse, sondern im Interesse der Stadt Danzig und der Provinz. Die Sanierung war geboten, so betont der Minister weiter, um die Stadt Danzig vor schwerem Schaden zu bewahren, ebenso die ganzen Ostmarken. Mißlang der erste Versuch, eine Industrie nach dem Osten zu ziehen, so mußte man den Gedanken, den Osten zu industrialisieren, für immer aufgeben. Wenn das Werk sich nicht entwickelt hat, so lag das an schweren außergewöhnlichen Umständen. Es lag an der ganzen Gestaltung des Walzeisenmarktes, von der alle Werke betroffen wurden. Das Werk durfte nicht still stehen bleiben, sonst wäre es sehr schwer gewesen, es wieder in Betrieb zu bringen; auch hätte einige Hunderte von Arbeitern auf die Straße werfen müssen. Die Hypothekengläubiger haben eine Betriebsgemeinschaft gebildet und suchen das Werk jetzt zu verkaufen. Wir konnten nicht anders handeln, als wir es getan haben. Wir mußten im Interesse des Deutschtums das Werk unterstützen. Wenn irgend ein Gut aus deutschen in polnische Hände übergeht, dann macht die Presse großen Lärm; auch hier handelt es sich um ein deutsch-nationales Interesse. (Beifall.)

Präsident der Seehandlung **v. Havenstein**:

Die Staatsregierung erkennt unumwunden an, daß in der Betriebsverwaltung und in dem Geschäftsbetrieb der Bromberger Mühlen ernstliche Verfehlungen vorgekommen sind. Auf der anderen Seite muß ich gegenüber den fortgesetzten gehässigen Angriffen gegen den Direktor hervorheben, daß sich während der gegen 25 Jahre, während welcher der Direktor die Geschäftsführung in Händen hatte, kein Anlaß zu irgendwelchen Ausstellungen vorhanden war. Der Direktor hat sich stets vorwurfsfrei und tadellos geführt. Ich kann nur wiederholen, daß der Besitz der Bromberger Mühlen von großem Interesse nicht nur für den Mühlenbetrieb allein, sondern auch für die Landwirtschaft ist. Gerade dadurch, daß diese Mühlen Staatseigentum sind, ist es möglich, auf das Kleingewerbe die nötige Rücksicht zu nehmen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Ich würde wünschen, daß das Abgeordnetenhaus prinzipiell Stellung nimmt zu dem Verhältnis der Seehandlung zu den Nordischen Stahl- und Elektrizitätswerken. Wenn zum Beispiel der Finanzminister an das Haus herangetreten wäre und so und so viel Millionen für die Unterstützung dieser Werke gefordert hätte, dann wäre ihm vom Hause eine bestimmte Antwort gegeben worden. So hat die Seehandlung aber das Parlament umgangen. Die konstitutionellen Rechte des Hauses müssen wir diesem Vorgehen der Finanzverwaltung gegenüber energisch wahren, und deshalb bitten wir, die Resolution der Budgetkommission anzunehmen.

Es ist doch ein Unterschied zwischen einem Bürgerrettungsinstitut und einer Bank; eine Bank kann nicht diese Sanierung aller möglichen Unternehmungen vornehmen. Die ganze Art der Geschäftsführung, insbesondere die Beteiligung an industriellen Unternehmungen müßte in einer Denkschrift genau dem Hause klargelegt werden. Zu erwägen wäre ja auch die Frage, ob sich für die Seehandlung ebenfalls ein Bankgesetz empfehlen würde, wie es für die Reichsbank besteht. Die Befugnisse der Seehandlung müssen einer öffentlichen Kontrolle und einer Begrenzung unterliegen. (Beifall links.)

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Ich kann dem Vorredner nur darin zustimmen, daß es nicht nur Aufgabe der Seehandlung ist, ein Rettungsinstitut zu sein. Nur die ganz außerordentlichen Zustände in Danzig konnten das Eintreten der Seehandlung rechtfertigen. Im Interesse der Ostmarken mußte die Regierung einschreiten.

Abg. Dr. **Arendt** (Mansfeld. freik.):

Wei einer Bank wie der Seehandlung kann ich mir kein derartiges Bankgesetz denken, wie es bei der Reichsbank besteht, noch einen Ueberwachungsausschuß. Ich glaube, das Beste ist, wir lassen die Sache so, wie sie ist; gegen eine Denkschrift hätte ich allerdings nichts einzuwenden. Der Abgeordnete Gyßling scheint durch seine Nachbarschaft mit dem Kollegen Naumann angesteckt worden zu sein. Naumann will einen Industrieparlamentarismus. Gyßling tritt für den Bankparlamentarismus ein. Ich meine, das eine ist ebenso unpraktisch wie das andere. Wir können froh sein, daß wir diese Staatsbank haben, wenn sie nicht bestände, müßten wir sie erst einführen. Die Seehandlung ist vor allem dazu bestimmt, den Kurs unserer Staatspapiere aufrecht zu erhalten. Der Vorwurf des Herrn Gyßling war nicht berechtigt, denn der Rückgang ist zu erklären durch eine Erhöhung der Kapitalien, und ein Institut wie die Seehandlung kann nicht in gleicher Weise die Einnahmen durch Spekulationen steigern, wie es die Privatbanken tun. Auf die Frage des Rückganges der Staatspapiere gehe ich nicht ein. Es war mir aber sehr interessant, daß der Abg. Gyßling erklärt hat, daß die Abschaffung der Umsatzsteuer für die Staatspapiere gar keine Besserung gebracht hat. Die Abschaffung des Umsatzstempels für die Staatspapiere war eine finanzielle Verschwendung und hat lediglich eine Verminderung der Reichseinnahmen herbeigeführt. So gut kundiert wie Preußen ist kein anderes Land auf der Welt; denn alle Schulden sind nicht nur reichlich gedeckt, sondern es werden neue Schulden nur kontrahiert als Aufgabe für werbende Anlagen. Herr Gyßling meinte nun, daß nur die Reform des Börsengesetzes andere Zustände auf dem Geldmarkte herbeiführen könnte. Es wäre sehr interessant, wenn man einmal den Versuch machen könnte, vier Wochen lang eine neue Börsenreform einzuführen. Ich glaube, es würde sich nichts ändern. In England sind ähnliche Verhältnisse wie bei uns vorhanden. Es handelt sich eben um internationale Vorgänge. Ich stimme dem Minister darin vollständig zu, daß gar keine Veranlassung dazu vorhanden sein kann, die Landshuter Werke zu halten, aber ebenso wenig, sie zu einem Schleuderpreise zu veräußern. Wenn man sie zu einem angemessenen Preise verkaufen kann, dann mag man es tun. In der Frage der Bromberger Mühlen stehe ich ganz auf dem Standpunkt des Finanzministers. Die Seehandlung hat eine so große Bedeutung für den Staat, daß sie auch ohne große Erträgnisse erhalten werden müßte. Ich würde deshalb wünschen, daß die Stellung der Seehandlung erweitert würde. Ich habe schon bei dem Etat der Zentralgenossenschaftskasse darüber gesprochen, daß sich vielleicht eine gemeinsame obere Leitung errichten ließe.

Auch den Wunsch möchte ich dem Herrn Finanzminister noch vorlegen, das Depositengeschäft der Seehandlung möglichst zu fördern. Wenn die Seehandlung, die Reichsbank, das preußische Finanzministerium und das Reichsschatzamt Hand in Hand arbeiten würden, würde das sehr wohltuend auf den Kurs der Staatspapiere und auch der Reichspapiere wirken.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Ich danke dem Vorredner für seine wohlwollenden Ausführungen über die Seehandlung. Ich erkenne an, daß wir nicht nur die Aufgabe haben müssen, die Papiere des preußischen Staates zu heben, sondern auch die Reichspapiere. Das haben wir auch immer als unsere Pflicht angesehen. Die Ausgestaltung des Depositenwesens der Seehandlung würde mannigfaltige Nachteile mit sich ziehen. Insbesondere würde durch die Errichtung von Filialen außerhalb Berlins gerade den kleinen Banken Konkurrenz gemacht werden. Die Seehandlung hat aber keine Veranlassung, den Auffangungsprozeß durch die Großbanken zu beschleunigen.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen. Das Haus stimmt der Resolution der Budgetkommission zu. Der Etat der Seehandlung wird ohne weitere Beratung angenommen.

Finanzministerium.

Es folgt die Beratung eines zurückgestellten Titels aus dem Etat des Finanzministeriums: Einmalige Stärkung des Fonds für Unterstützungen von Unterbeamten. Die Budgetkommission beantragt, den Fond um 248,800 Mark zugunsten der am geringsten besoldeten Unterbeamten zu erhöhen.

Dazu liegt ein Antrag Fischbeck (fr. Vp.) und Brömel (fr. Vg.) vor, die Staatsregierung zu ersuchen, bis zur dritten Lesung des Staatshaushaltsetats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß den Unterbeamten je 1000 Mark sowie den übrigen Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4200 M. nicht übersteigt, je 150 Mark als einmalige außerordentliche Beihilfen gewährt werden.

Soweit durch den Etat für 1907 einzelnen Beamten eine Gehaltsaufbesserung zuteil wird, kommt diese auf die einmalige außerordentliche Beihilfe in Anrechnung.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**

gibt zunächst eine Uebersicht über das, was im Etat schon für die Unterbeamten eingestellt worden ist. Die Budgetkommission hat nun beantragt, wiederum 2½ Millionen Mark einzustellen. Danach wird es möglich sein, den Unterbeamten noch im Laufe dieses Jahres eine einmalige Gehaltszahlung von je 100 Mark zukommen zu lassen. Das wird uns um so leichter möglich sein, als die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung sich für dieses Jahr so günstig stellen werden, daß der Etat sich nicht unerheblich verbessern wird. In welchem Maße, läßt sich allerdings nicht übersehen. Denn durch die Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat sich die Grundlage wesentlich verschoben. Aber man kann trotzdem wohl mit einem Ueberschuß von sechs bis sieben oder vielleicht noch mehr Millionen rechnen. Soweit stimmen die Absichten der Regierung mit denen der Kommission überein. Der Antrag Fischbeck geht aber noch weiter. Zur Erfüllung seiner Forderung, auch den übrigen Beamten Beihilfen zu gewähren, würde eine Summe von 18 bis 20 Millionen nötig sein. Wollten wir danach die Unterstützung gewähren, so müssen wir nach den soliden Grundsätzen der preußischen Finanzgebarung schon in diesen Jahre an eine Erhöhung der Einkommensteuer herantreten. Zu dieser Erhöhung der Einkommensteuer würde im nächsten Jahre noch eine weitere treten, um die wünschenswerten Gehaltsaufbesserungen der Beamten durchführen zu können. (Hört, hört!) Einer mechanischen Aufbesserung der mittleren Beamten kann ich nicht zustimmen. Wir dürfen kein flüchtiges Werk schaffen, sondern ein dauerndes. Im nächsten Jahre werden wir bestimmt wegen der Aufbesserung der mittleren Beamten an das Haus herantreten. (Beifall.)

Abg. Freiherr **v. Erffa** (kons.):

Es ist im März der nationalliberale Antrag gestellt worden, die Petitionen der Beamten einer besonderen Kommission zur Bearbeitung zu überweisen, da die Budgetkommission zu überlastet sei. Als langjähriger Vorsitzender der Budgetkommission möchte ich darauf hinweisen, daß diese doch auch auf dem Gebiete der Beamtenpetitionen gute Arbeit geleistet hat. Im Jahre 1904/05 hat die Kommission in 63 Sitzungen von 1500 Petitionen 1410 erledigt und im Jahre 1906 in 29 Sitzungen 284. Bei der Nichterledigung der Petitionen spielt auch der Zufall eine große Rolle. Sicher ist aber eine besondere Kommission für Beamtenpetitionen nicht notwendig. Eine organische Regelung der Beamtengehälter kann nicht von der Kommission, sie muß von der Regierung angeregt werden. Die 183